die Eindämmung der globalen Erwärmung ist völlig zu Recht eines der herausstechenden Themen dieser Tage. Um den Trend der stetig steigenden Durchschnittstemperaturen entgegen zu wirken, wird auch den Städten und Gemeinden eine wichtige Rolle der Mitwirkung zu Teil. Aktives Handeln ist gefordert; anstatt weiterhin nur Lippenbekenntnisse abzugeben. Erinnert man sich ein oder zwei Jahrzehnte zurück, dann war die Klimaerwärmung etwas Fernes. Eisbären schmolz schon damals im wahrsten Wortsinne der Boden unter den Füßen; Inseln in der Südsee begannen ihren schier endlosen Kampf gegen den steigenden Meeresspiegel. Doch heute, nur ein paar Jahre später, sind die Auswirkungen der Erwärmung auch hier bei uns angekommen. Lang ausgeprägte Trockenperioden im Frühjahr und Sommer erschweren die Landwirtschaft und das Gärtnern; außergewöhnlich hohe Temperaturen im Sommer mindern unsere Lebensqualität. In den beiden vergangenen Jahren konnte man beobachten, wie an sich gesunde und stattliche Bäume, vermeintlich ohne erkennbaren Grund abstarben; sie sind schlichtweg vertrocknet. Die milderen Winter begünstigen die Ausbreitung neuer Schädling, welche bis vor wenigen Jahren hier nicht heimisch waren, ohne dass die hiesigen Ökosysteme darauf vorbereitet sind. Es beginnt der Verlust der uns umgebender Natur und damit verschwindet ebenfalls Raum für Naherholung und touristische Attraktivität.

Wir sind davon überzeugt, dass die Bekämpfung der Klimaerwärmung und ihrer Folgen eine Aufgabe höchster Priorität werden muss. Dazu muss das Thema zu aller erst in unsere Köpfe. Zukünftige Entscheidungen auch auf politischer Ebene dürfen das Thema Klimaschutz, und den damit eng verknüpften Umwelt- und Artenschutz, nicht länger als etwas Fremdes verstehen. So wie andere Anforderungen und Gesetze auch, muss eine Abwägung mit Hinblick auf die zu erwartenden Auswirkungen auf das Klima zur "normalen" Entscheidungsfindung gehören. Der erste Schritt dazu ist die Anerkennung des Problems und das dezidierte Auseinandersetzen mit möglichen Lösungsansätzen.

Immer wieder hört man von einigen, dass uns als Bundesrepublik im globalen Maßstab eine eher untergeordnete Rolle in der Verantwortung zukommt. "Sollen doch erst einmal die anderen." Doch diese Einschätzung ist falsch. Zum einen ist Deutschland nach Angaben von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, mit Abstand größter Emittent von CO2 aus energetischer Nutzung innerhalb der EU. So entfielen nach frühzeitiger Schätzung für die Jahre 2017/2018 rund 22% der EU-weiten Emissionen auf Deutschland; gefolgt vom Vereinigten Königreich, Frankreich, Italien und Polen mit jeweils um die 10%. Zum anderen ist in

Lösungsansätzen zur nachhaltigen Reduktion von Emissionen ein wirtschaftlich bedeutsamer Wachstumsmarkt, den sich Deutschland, und im besten Falle Brandenburg nicht entgehen lassen sollte.

Wir sind überzeugt, dass nur das bewusste Handeln aller zur Lösung des Problems führt. Dabei müssen wir als politische Entscheidungsträger eine Vorbildfunktion übernehmen. Daher stellt dieser Antrag der Stadtverwaltung auch die Aufgabe, die Bildung eines fachkompetenten Gremiums vorzuschlagen. Dieses arbeitet dann konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz aus. Dies können u.a. Pläne für das energetische Sanieren von Bestandsgebäuden, der frühzeitige Austausch von Heizanlagen in städtischen Bauten, die Wiederaufwertung von versiegelten Flächen sein oder im größeren Maßstab: alle politische Entscheidungen müssen, sofern betreffend, die Auswirkungen auf das Klima mit in Betracht ziehen.

Meine Damen und Herren, es gibt keine einfache Lösung. Bestehende Regelungen und Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur sind gut und richtig. Aber es zeigt sich, dass diese allein nicht ausreichen, um nachhaltig den Klimaschutz entscheidend voran zu bringen. Daher ist es wichtig, hier und heute den ersten Schritt in Richtung Verantwortung zu machen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit ...